

Martin Gross – Rede auf dem Kreisverbandstag des VdK in Heidelberg

am 7. Oktober in Heidelberg

Soziale Spaltung stoppen – Sozialpolitik nach der Bundestagswahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für die Einladung zu ihrer Veranstaltung. Es ist mir eine Herzensangelegenheit zur Sozialpolitik nach der Bundestagswahl meine Gedanken – unsere Gedanken bei den Gewerkschaften - zu referieren und dabei auch deutliche Aussagen zu machen.

In der Öffentlichen Debatte wird versucht, das Wahlergebnis mit einem Ost-West-Konflikt in Deutschland zu erklären. Dies halte ich für einen großen Fehler.

Für mich ist die zentrale Botschaft des Wahlergebnisses, dass die Ängste und Sorgen der Menschen von der Politik nicht ernstgenommen werden. Und dies gilt für alle Teile von Deutschland.

Welches sind aus meiner Sicht die zentralen Ängste und Sorgen in unserem Land?

- Angst vor Altersarmut und vor gesundheitlichen Risiken, später als Pflegefall aber auch in jüngeren Jahren, wenn man auf ärztliche oder klinische Versorgung angewiesen ist.
- Arbeitsverhältnisse, die zunehmend für die Jüngeren nur noch befristet sind, jede zweite Einstellung ist nur noch befristet, oder sich im Niedriglohnbereich befinden.
- Die Bedrohung vieler Arbeitsplätze durch die Digitalisierung.
- Die Entwicklung von Miet- und Wohnungspreisen

Kurzum, ich bin fest davon überzeugt: Die eigentliche Ursache der Gefährdung unserer Demokratie – weltweit – ist die soziale Ungerechtigkeit.

Wenn wir es nicht schaffen, die Soziale Spaltung in unserem Land zu stoppen – gefährdet dies unsere Demokratie.

Und Chancengerechtigkeit ist dabei nicht alles!

Im Frühjahr hatten wir bei ver.di einen großen Tarifkonflikt bei den Bodenverkehrsdiensten am Flughafen, auch in Stuttgart. Da machen Leuten den Check In und das Boarding, jeden Tag ab vier Uhr früh bis spät in die Nacht, für Löhne kaum über dem Mindestlohn. Das reicht nicht zum Leben in Stuttgart.

Chancengerechtigkeit, Aufstiegsversprechen, wie es vor allem Grüne und FDP in den Fokus der Sozialpolitik rücken wollen, bedeutet, jedem die Chance auf gute Abschlüsse, Abitur oder mehr bieten zu können.

Ja, damit er oder sie später nicht zu solchen Bedingungen wie am Flughafen arbeiten muss.

Aber irgendwer wird auch dann diese Arbeiten machen. ,Und deswegen müssen wir dafür zu sorgen, dass jede Arbeit, wirklich jede Arbeit in diesem Land zu einem Leben in Würde reicht!

20 Prozent der Beschäftigten in unserem Land verdienen in unserem Land nur 10 Euro oder noch weniger, das ist zum Leben zu wenig!

Und es ist die erste eindeutig unsoziale Kurskorrektur, die grün-schwarz gerade vorgenommen hat. Sie haben davon wahrscheinlich noch nichts mitbekommen, weil sie es heimlich, still und leise gemacht haben.

Versteckt in der Novellierung des Naturschutzgesetzes haben sie das Tariftreuegesetz zum zahnlosen Tiger gemacht. Abgesehen vom Verkehrsbereich gilt jetzt einfach der Mindestlohn bei öffentlichen Vergaben.

Sinn und Zweck des Gesetzes war aber, bei öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn festzuschreiben, der höher ist, als die bundesweite Regelung und der zum Leben in Baden-Württemberg auch reicht.

Statt zehn oder wenigstens neun Euro pro Stunde vorzuschreiben wird durch die Novellierung jeglicher landespolitische Gestaltungsanspruch bei eigenen Aufträgen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen aufgegeben.

Damit ist wieder Lohndumping im Auftrag des Staates möglich. Statt zum Vorbild für gute Arbeit wird der Staat so zum Förderer des Niedriglohnbereiches.

Zurück zu den größeren Rädern, den ganz großen:

Steuergerechtigkeit ist der entscheidende Schlüssel, der Hebel, den die Politik ansetzen kann, sie ist die Lösung, es könnte so einfach sein:

Wenn die starken Schultern mehr tragen, werden die unglaublichen Gegensätze zwischen Oben und Unten gemildert. Ist es ist nicht pervers, wenn

zehn Prozent der Deutschen zwei Drittel des Vermögens besitzen und die unteren fünfzig Prozent fast nichts bzw. ein Prozent.

Ein armer Staat kann seine Aufgaben nicht anständig erfüllen oder Chancengerechtigkeit herstellen. Wir brauchen mehr Geld für Kitas, für Krankenhäuser, für Schulen, für alle, die sich einen armen Staat nicht leisten können.

In einem Land, in dem das Vermögen der Reichen jede Sekunde um sage und schreibe 9073 Euro wächst ist der Verzicht auf eine Vermögenssteuer Reichtumpflege. Und der Zuwachs, die Zinsgewinne, werden dazu noch mit maximal 25 Prozent besteuert, euer Einkommen mit maximal 42 Prozent. Gerecht geht anders.

Daher halte ich die Forderung des VDK's, die Pauschale Abgeltungssteuer bei Kapitalerträgen abzuschaffen für absolut richtig.

In diesem Sinne dürfen wir nicht zulassen, dass Gerechtigkeitsdebatten zu Neiddebatten umfunktioniert werden!

Und zwar nur mit einem Ziel – die Frage der Verteilungsgerechtigkeit in unserem Lande nicht offen zu stellen. Da machen wir nicht mit!

Wir wollen nicht, dass noch mehr Menschen abgehängt werden.

Wer soziale Gerechtigkeit herstellen will, muss offensiv um Verteilungsgerechtigkeit streiten!

Und während der Fiskus nicht nur beim Einkommen aus Arbeit und beim Konsum über die Mehrwertsteuer zuschlägt, hält er sich beim leistungslosen Einkommen, bei Erbschaften, komplett zurück. So wird das Land nicht gerechter, so wird es Jahr für Jahr ungerechter, von ganz alleine.

Und um das Klarzustellen: Bei unseren Erbschaftssteuerplänen geht es nicht um der Oma ihr Häuschen sondern um die Villa mit Seeblick. Vermögenssteuer soll es für mehrfache Millionäre geben, nicht fürs Sparbuch.

Damit würden die Reichen durch unsere Pläne lediglich weniger schnell noch reicher.

Während also oben mit allen Mitteln verhindert wurde, dass Erbschaftssteuer fällig wird, wenn Wohnraum vererbt wird, von dem wir nur träumen können, steigen die Mieten unten und in der Mitte ins Uferlose.

Ich habe vorhin von den Beschäftigten am Flughafen gesprochen. Kolleginnen und Kollegen, die zum Teil trotz Zweitjob bei ihren Eltern wohnen, weil sie sich in Stuttgart die Mieten nicht leisten können.

Wohnen ist für viele in Deutschland zum Luxusgut geworden! Das Prinzip „Privat vor Staat“ hat hier seine Fehlbarkeit bewiesen!

Auszubildende, Studierende, ältere Menschen, Geringverdiener*innen bis hin zu Normalverdiener*innen finden zunehmend keine bezahlbaren Wohnungen in den Innenstädten mehr!

Immer mehr Menschen müssen mehr wie 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Miete ausgeben. Rentnerinnen und Rentner noch mehr. Ältere wären so oft zum Umziehen gezwungen – der Verlust des sozialen Umfeldes droht, der mit allen Mitteln verhindert wird. Lieber zur Suppenküche als aus dem alten Umfeld raus, das ist die Realität für viele.

Es rächen sich die Versäumnisse auf dem Feld der Wohnungspolitik der letzten 20 Jahre. Gab es einst vier Millionen Sozialwohnungen, sind heute nur noch 1,5 Millionen davon übrig. Und jedes Jahr verlieren wir 70.000 weitere Sozialwohnungen, weil die Sozialbindung ausläuft.

Ehemals kommunale, landeseigene, bundeseigene und industriegebundenen Wohnungen wurden den neoliberalen Marktmechanismen preisgegeben.

Dies war und ist ein fataler Fehler, den wir heute teuer bezahlen. Denn durch die Finanzmarktkrise flossen Spekulationen in Wohnraum und Boden, was Preise für Wohnraum zusätzlich in die Höhe getrieben hat.

Wir müssen dringend gegensteuern, um das „Recht auf Wohnen und bezahlbaren Wohnraum für Alle sicherzustellen:

Dazu gehört, dass wir öffentliche Grundstücke nicht an den Meistbietenden verkaufen, sondern sie sollen an Unternehmen und Initiativen gehen, die sich verpflichten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Übertragung durch Erbpacht soll dabei im Vordergrund stehen.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen,
es darf keine weitere Privatisierung von öffentlichen Wohnungsbeständen stattfinden.

Außerdem müssen Kommunen, Länder und Bund ausreichend Fördermittel für Wohnungsneubau zur Verfügung stellen. Diese Fördermittel müssen eine eindeutige Zweckbindung für soziale Wohnraumförderung enthalten.

Liebe Kolleginnen, und Kollegen,

ein bezahlbares Dach über den Kopf ist ein Grundrecht für alle Menschen. Darum müssen sich die Regierungen im Bund und Land dringend kümmern. Ohne faire und bezahlbare Mieten gibt es keine soziale Gerechtigkeit, noch nicht mal Chancengleichheit.

Dass es keine bezahlbaren Mietwohnungen gibt, weiß jeder. Aber dass sechs Millionen Menschen jedes Jahr von ihrem Stromanbieter angedroht bekommen, abgestellt zu werden, weil sie die Rechnung nicht mehr zahlen können, weiß fast niemand.

Kein Strom heißt: Kein Handy laden, kein Wecker, kein Kühlschrank, vielleicht kein warmes Wasser. Eigentlich unvorstellbar.

Eine wichtige Forderung des VDK's - meines VDK's - ist, dass die Erhaltung der Gesundheit nicht von der Größe des Geldbeutels abhängen darf – Ja Gesundheit muss für alle bezahlbar sein!

Deswegen wird es höchste Zeit, dass die Arbeitgeber sich wieder zu gleichen Teilen, also paritätisch an der Finanzierung beteiligen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

darüber hinaus muss das Abkassieren bei Hilfsmitteln beendet werden. Für mich ist es in einem so reichen Land ein Skandal, dass Versicherte oft vor der Wahl stehen – hohe Eigenanteile zu akzeptieren oder mit schlechter Qualität abgespeist zu werden.

Ältere Menschen mit Zahnlücken sah man lange nur auf Reisen nach Südamerika oder Afrika! Das Bild hat sich leider verändert.

Deswegen fordern wir, dass der Zahnersatz auch für Geringverdiener und Menschen mit kleinen Renten bezahlbar gemacht werden muss, im Zweifel müssen sie auch ohne Eigenanteil einen festsitzenden Zahnersatz erhalten.

Aber es muss sich auch etwas in den Krankenhäusern ändern! Als ver.di-Landesbezirksleiter war ich bei einigen Pflegestammtischen dabei:

Da ist die Krankenschwester, die den Beruf einst aus vollem Herzen ergriffen hat, die nachts allein auf Station ist und Angst hat, die Zimmertür zumanchem Krankenzimmer zu öffnen. Weil sie weiß, dass sie schon viel früher hätte kommen müssen. Weil sie nicht weiß, was sie jetzt erwartet. Auf Dauer macht das krank!

Deswegen brauchen wir dringend eine gesetzliche Personalbemessung, für mehr Personal.

Bundesweit fehlen 162.000 Stellen, 70.000 davon allein in der Pflege. Wir wollen aber nicht einfach mehr Geld ins System! Wir wollen, dass das Geld dort eingesetzt wird, wo es am dringendsten gebraucht wird, direkt in der Pflege am Menschen.

Das System funktioniert nur noch, weil die Beschäftigten alles aus sich herausholen, ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit.

In einer großen Universitätsklinik in Baden-Württemberg erreichen jährlich 300 bis 500 Überlastungsanzeigen das Personalratsbüro:

Da heißt es dann:

- Adäquate Überwachung der Patienten war nicht möglich
- War im Nachtdienst ab 1:00 Uhr alleine für 47 Patientinnen und Patienten
- Grundpflege konnte nicht durchgeführt werden, es war nur eine Minimalversorgung möglich

In Deutschland versorgt heute eine Pflegefachkraft 13 Patienten, in Griechenland und Polen 10, in Norwegen und den USA nur 5 Patienten.

Somit sind wir, das reiche Deutschland, das traurige Schlusslicht!

Für die Instandhaltung, der Krankenhäuser, die sogenannten Investitionskosten, ist das Land zuständig.

Baden-Württemberg kommt dieser Pflicht nicht ausreichend nach. Deswegen wird bei Pflegestellen gespart, um Baustellen zu finanzieren. So wurden zum Beispiel am Uniklinikum Tübingen 2016 Baumaßnahmen mit Eigenmitteln von über 28 Millionen selbst finanziert – das entspricht 566 Pflegestellen im Jahr!

Trotz dieser dramatischen Situation in den Krankenhäusern hat Sozialminister Lucha das Investitionsprogramm für die nächsten zwei Jahre wieder um 25 Millionen (also umgerechnet um 500 Pflegestellen gekürzt)

Der Präsident des Landkreistages und Tübinger Landrat Joachim Walter hat dies in der letzten Woche folgendermaßen bewertet: „Das in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen die Axt an die Wurzeln unseres Krankenhauswesens gelegt wird, ist mir unbegreiflich“ Da kann ich nur sagen mir auch!

Patientinnen und Patienten brauchen eine sichere Versorgung und die Beschäftigten im Krankenhaus Entlastung. Bessere Pflege und ein Pflegepersonal, das nicht krank wird – ist für Alle Gut! Die gesetzliche Personalbemessung für die Pflege muss endlich kommen.

Aktive Sozialpolitik bedeutet aber auch, dass die Wertschätzung der Arbeit mit und am Menschen, im Krankenhaus, im Pflegeheim in der Kita eine andere werden muss.

Soziale Berufe brauchen mehr Anerkennung! Auch materiell!

Und damit möchte ich überleiten zu meiner letzten sozialpolitischen Forderung – der entschiedene Kampf gegen Altersarmut in unserem Land!

Mir war es eine Herzensangelegenheit ein Bündnis gegen Altersarmut, ein richtig breites Bündnis, wie es das Land schon lange nicht mehr gesehen hat, mit ins Leben zu rufen: Wir Gewerkschaften, Diakonie und Caritas, die Kirchen, der Paritätische, VdK und Landesseniorenrat, Landesfrauenrat, die Alleinerziehenden, insgesamt 32 Organisationen und Verbände haben uns dazu zusammengeschlossen.

Der Auftakt ist gemacht, der Gegenwind ist heftig. Neues Dauerargument unserer Gegner: Wir haben kein Problem mit Altersarmut, wir haben doppelt so viele arme Kinder. Was für ein schwachsinniges Argument. Sie reden absichtlich immer von heute obwohl wir von 2030 reden, weil sie wissen, dass wir recht haben.

Wenn aber der Paritätische die Kinderarmut im Land anprangert, dann erklären uns genau die gleichen Leute, dass die Kinder gar nicht wirklich arm sind, weil wir ja Armut nur relativ messen.

Dann sagen sie, wir hätten auch da kein Problem!

Wir begegnen jetzt schon in unserer täglichen Arbeit immer wieder Altersarmut. Allein 93.000 Menschen in Baden-Württemberg bekommen eine Rente bzw. eine Erwerbsminderungsrente, die unter dem Hartz-IV-Satz liegt. Die Vesperkirchen auch in unserem Land haben einen immer stärkeren Zulauf.

In den Rentenreformen der frühen Nuller Jahre wurde ein simpler Trick angewandt:

Belastungen auf morgen verschieben, dann protestiert keiner. Stellen sie sich vor, die hätten 2001 die Renten mit einem Schlag um zwanzig Prozent gekürzt, dann hätte es einen Sternmarsch von Millionen Rentnerinnen und

Rentner auf Berlin gegeben. Aber die Rentner von 2030 waren 2001 mit anderem beschäftigt.

Es war gewollt, dass die Renten insgesamt um 20 Prozent gekürzt werden, von einem Rentenniveau von 53 Prozent 2001 auf unter 43 Prozent ab 2030.

Warum: Weil die Arbeitgeber steigende Beiträge um jeden Preis verhindern wollten, weil die private Versicherungswirtschaft ein Stück vom größten Kuchen im Land haben wollte, immerhin 270 Milliarden Euro jedes Jahr.

Und zwanzig Prozent weniger Rente trifft alle: Am schlimmsten das untere Einkommensdrittel, das so im Alter beim Sozialamt landet.

Hätten wir heute schon das Rentenniveau, das von den politischen Mehrheiten bis 2030 billigend in Kauf genommen wird, dann hätte jemand, der in seinem Arbeitsleben 2500 Euro verdient hat, nach 40 Beitragsjahren einen Rentenanspruch von 809 Euro. Über 50 Prozent der Arbeitnehmer kommen aber gar nicht auf 2500 Euro, viele von ihnen auch nicht auf 40 Beitragsjahre. Millionen Menschen können also noch nicht einmal mit 809 Euro rechnen. Die Grundsicherung liegt heute im Schnitt bei 794 Euro.

Wenn wir heute für eine anständige und faire Rente kämpfen, tun wir das nicht für Uns, sondern dafür, dass unsere Kinder und Enkel im Alter in sozialer Sicherheit leben können.

Und selbst die, die sich es von ihrem Einkommen locker leisten könnten, die Abgeordneten im Stuttgarter Landtag, finden die private Vorsorge gar nicht mehr so spitze. Die offen ausgesprochene Begründung: Die Zinsen sind so niedrig.

Recht haben sie, auf private Vorsorge angewiesen zu sein ist Mist. Nur warum habt ihr dann die Riesterrente beschlossen. Übrigens nicht nur rot-grün, im Bundesrat hatte die Union damals auch zugestimmt.

Ganz wichtig: Es sind nicht düstere Prognosen von heute, die für jeden dritten langjährig Versicherten eine Rente auf Hart-IV-Niveau, also Altersarmut ab 2030 in diesem Land vorhersagen. Nein, das war der Kern, das Ziel der Riesterreform.

Die Riesterreform war ein dreifacher Paradigmenwechsel:

1. Statt Lebensstandardsicherung Beitragsstabilität! Von der allein die Arbeitgeber profitieren.

Um sein Rentenniveau zu erhalten, soll seit dem jeder Arbeitnehmer zusätzlich vier Prozent privat vorsorgen – viele schaffen das nicht! Die Rente

wurde also teilprivatisiert. Und das, obwohl die Rendite schon damals bei der gesetzlichen Rente höher war als bei der privaten Vorsorge. Schon damals!

Ein einziges Mal, vor 72 Jahren im Mai 1945 hat die gesetzliche Rentenversicherung in ihrer 125 jährigen Geschichte verspätet gezahlt! Zwei Weltkriege, viele Wirtschaftskrisen überstanden, die Wiedervereinigung finanziert. – Man kann wirklich stolz auf sie sein.

Und eigentlich unglaublich, was wir kollektiv damals bei den Riesterreformen geschluckt haben. Damit der Beitrag, den Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam zahlen, nicht um zusätzliche drei Prozent steigt, nämlich langfristig von 22 auf 25 Prozent, sollten wir vier Prozentpunkte privat riestern.

Für das gleiche Rentenniveau braucht es also jeden Monat ein Viertel mehr Geld als bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Und dann noch Steuerzuschüsse zu Riester dazu. Unfassbar, was für ein Raubbau damals betrieben wurde!

Ein Rentenniveau von 50 Prozent bei einem Beitragssatz von 25 Prozent ist dauerhaft möglich. Haben wir mit Hilfe von Prognos ausrechnen lassen. Die sind nicht verdächtig, weil die auch für unsere Gegner, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft die Rente berechnet haben.

Was bedeutet dies konkret:

12,5 % für die Arbeitgeber

12,5 % für uns Arbeitnehmer

Für Arbeitnehmer wäre dies in der Summe sogar billiger als heute!

Die Arbeitgeber wären bereit 11 Prozent Beitragssatz für sich zu akzeptieren Es kann doch nicht sein, dass wegen 1,5 Prozent Beitragssatz mehr der Arbeitgeber Millionen in Altersarmut landen müssen.

Möglich wäre dies, wenn zusätzlich der Bundeszuschuss langfristig um etwa 25 Milliarden Euro jährlich erhöht wird. Exakt der Betrag, um den die Rüstungsausgaben steigen sollen, weil Donald Trump es so von uns will. Das Geld ist da, wir entscheiden, wofür wir es verwenden wollen.

Für mehr Waffen, die auf jeden Fall ihren Krieg finden oder für mehr soziale Sicherheit im Alter!

Wir müssen aus diesem individuellen Problem wieder eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe machen.

Schluss:

Die Regierungsbildung wird in unserem Land nicht leicht sein. Bei Jamaika hört man zur Sozialpolitik bisher wenig bis fast gar nichts.

Nochmal: Die Rentenpolitik ist das entscheidende, das wichtigste Thema überhaupt. Entweder wir steuern jetzt um oder es gibt millionenfache Altersarmut schon in wenig mehr als zehn Jahren. Die Grünen wollten leichte Verbesserungen, Union und FDP nichts oder nochmals Expertenkommissionen.

Wir brauchen keine neuen Expertisen, wir brauchen ein höheres Rentenniveau.

Wer hier nicht gegensteuert, der wird sich ab 2030 nach Wahlergebnissen wie am 24. September 2017 noch zurücksehen.

Damit die Sozialpolitik bei dieser Regierung keine offene Flanke wird, braucht es in den nächsten vier Jahren eine starke außerparlamentarische Interessenvertretung: Durch die Gewerkschaften und die Sozialverbände. Wenn wir die Interessen der Menschen nicht mit Nachdruck artikulieren, wird es keiner machen. Sie legen heute mit der Wahl in ihrem Kreisverband den Grundstein für eine aktive Interessenvertretung der Menschen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Stimme dafür erheben,

dass Rente zum Leben reicht und Altersarmut aktiv bekämpft wird.

Und dass Vermögen gerecht verteilt wird, damit Fairness und sozialer Ausgleich hergestellt werden kann.

Gesundheit und Pflege für alle bezahlbar ist und Behinderung kein Nachteil ist!

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche ihrer Versammlung einen erfolgreichen Verlauf und gute Diskussionen!